

LANDTAG INTERN

NORDRHEIN WESTFALEN



Jahrgang 1 / 7. Wahlperiode

Nr. 2 / 15. 10. 1970

WORT UND WIDERWORT um Ausschüsse

Die Bildung der Ausschüsse hat den Landtag vor Probleme gestellt. Sie sind zum Teil durch die Verkleinerung der FDP-Fraktion ausgelöst worden. Die Fraktionen und der Ältestenrat werden sich am Montag noch einmal vor allem mit der Verteilung der Ausschußvorsitze befassen.

Gegebenenfalls im Zugreifverfahren werden die Landtagsfraktionen der CDU und der SPD in der kommenden Woche eine Entscheidung über die Verteilung der Ausschußvorsitzenden sowie über die endgültige Zahl und Größe der Landtagsausschüsse herbeiführen, nachdem in der Ältestenratssitzung vom 14. Oktober noch kein Einvernehmen darüber erzielt werden konnte. Die FDP-Fraktion hat auf einen Ausschußvorsitz verzichtet, der ihr zunächst in Aussicht gestellt war. Landtagspräsident Dr. Lenz teilte im Ältestenrat mit, daß er unmittelbar nach dieser zu erwartenden Entscheidung die zu bildenden Ausschüsse zu ihren konstituierenden Sitzungen für Dienstag, 20. Oktober, im Anschluß an die Plenarsitzung des Landtags einladen werde, um damit das Parlament voll arbeitsfähig zu machen.

Stellungnahme der CDU-Fraktion

Die CDU-Fraktion ist der Meinung, daß ihr durch die veränderten Stärkeverhältnisse bei der FDP-Fraktion nunmehr ein Ausschußvorsitz zusätzlich zusteht, zumal sie nach d'Hondt bei dem 17. Ausschuß am Zuge wäre. Sie begrüßt daher ausdrücklich die Haltung der FDP-Fraktion, die sich bereit erklärt hat, diesen Ausschußvorsitz zur Verfügung zu stellen.

Um nunmehr endlich zu einer Konstituierung der Ausschüsse zu kommen, die eine Einigung in der Vorsitzendenfrage voraussetzt, ist die CDU-Fraktion bereit, der SPD-Fraktion die gleiche Anzahl der Vorsitze zuzubilligen, wie sie der CDU-Fraktion zustehen. Dies kann sowohl auf dem Wege der Teilung eines der vorgesehenen Ausschüsse erfolgen. Bekanntlich hatte man sich bereits in der letzten Legislaturperiode darauf geeinigt, den Vorsitz für den Parlamentsreformausschuß bei der Verteilung nicht anzurechnen, da dieser vom Präsidenten des Hauses ohne Rücksicht auf dessen Parteizugehörigkeit geleitet werden soll.

Damals hatte die CDU auf den ihr nach d'Hondt zustehenden Ausschußvorsitz zugunsten des Präsidenten van Nes Ziegler (SPD) verzichtet.

Leider will die SPD-Fraktion diesmal offensichtlich diesen Ausschuß mit in das Zahlenspiel der Kräfte einbeziehen, ein Verfahren, das von der CDU nicht akzeptiert werden kann. Die CDU ist auch weiterhin bereit, zu einer einvernehmlichen, aber fairen Lösung zu kommen, um die Arbeitsfähigkeit des Landtags so schnell wie möglich herzustellen.

Stellungnahme der SPD-Fraktion

Die von der CDU-Fraktion „nunmehr endlich“ geforderte Konstituierung der Ausschüsse ist von der CDU selbst verhindert worden. Offenbar hat sie sich in Kenntnis des zu erwartenden Austritts der drei NLA-Mitglieder plötzlich nicht mehr an die längst vor dem 6. Oktober 1970 getroffene interfraktionelle Vereinbarung gebunden gefühlt.

In der Ältestenratssitzung am 14. Oktober forderte die CDU darüber hinaus entgegen dem Stärkeverhält-

Der Landtag — diese Woche

Porträt

Ausschußberichte

Aus dem Hause

Aus den Fraktionen

Eingänge

Länderchronik

Zur Person

Landespolitik in Funk
und Fernsehen

Schwanenspiegeleien

Terminvorschau

nis der Fraktionen von CDU und SPD de facto (nämlich inklusive Parlamentsreformausschuß) zehn Ausschußvorsitze für sich von den insgesamt 18 in der Plenarsitzung bestellten Ausschüssen.

Die SPD-Fraktion hat das als einen völlig untauglichen Versuch betrachtet, die Arbeit im Parlament weiterhin zu erschweren. Die SPD-Fraktion wird mit Nachdruck dafür sorgen, daß spätestens im Anschluß an die Plenarsitzung am 20. Oktober die Arbeitsfähigkeit des Landtags durch die Konstituierung der Ausschüsse gesichert wird.

Die SPD-Fraktion hält es für bemerkenswert, daß die CDU-Fraktion ihre sogenannten Einigungsvorschläge plötzlich auf dem Wege von Pressemitteilungen zukommen läßt, während sie zwei Stunden vorher im Ältestenrat eine Einigung verhindert hat. Sie sieht darin eine, wenn auch späte Erkenntnis bei der CDU, daß sie unangemessene Forderungen bei der Besetzung der Ausschüsse bei der nächsten Plenarsitzung nicht verwirklichen kann.

Was ist Zugreifverfahren?

Das Wort „Zugreifverfahren“ kommt in der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen, wie auch in den meisten Geschäftsordnungen der deutschen Parlamente nicht vor. Nach § 24 unserer Geschäftsordnung soll die Verteilung der Ausschußvorsitzendenstellen in erster Linie im Wege der Vereinbarung im Ältestenrat nach Vorschlägen der Fraktionen erfolgen. Kommt es nicht zu einer Verständigung, geschieht die Verteilung der Stellen der Ausschußvorsitzenden „in der Reihenfolge, die sich unter Zugrundelegung der Stärke der Fraktionen nach dem Verfahren d'Hondt ergibt“. Das ist das sogenannte Zugreifverfahren nach Höchstzahlen, das von dem Belgier d'Hondt entwickelt wurde. Das bedeutet, daß die Fraktionen in der Reihenfolge der auf sie entfallenden Höchstzahlen ihre Ausschüsse durch Zugriff wählen können. Nach Festlegung der Zahl der Ausschüsse und ihrer Bezeichnung bekommt dadurch die größte Fraktion zuerst die Möglichkeit, einen Ausschuß, dessen Vorsitz von ihr als politisch besonders bedeutsam angesehen wird, auszuwählen. Es folgt dann die nächstgrößte Fraktion bei der Auswahl der Vorsitzendenstellen, in unserem Falle also die SPD-Fraktion. Dieses Zugreifverfahren wird dann in einem Wechsel zwischen CDU und SPD bis zur Ausschöpfung der vorgesehenen Ausschußzahl fortgesetzt. Im Landtag Nordrhein-Westfalen wurde es bisher noch nicht praktiziert. Die FDP-Fraktion hat auf einen Ausschußvorsitz verzichtet; sie hätte allerdings bei diesem Verfahren ohnehin erst bei einer Ausschußzahl von 24 berücksichtigt werden können, vorgesehen sind aber nur 18 Ausschüsse.

* * *

Unabhängig von der Verteilung der Stellen der Ausschußvorsitzenden ist es vor Beginn der praktischen Arbeit im Landtag auch zu Meinungsverschiedenheiten über die Errechnung der Zahl der Sitze der Fraktionen in den Ausschüssen gekommen. Das Statistische Landesamt hat die Richtigkeit der Berechnung der Landtagsverwaltung bestätigt. Danach werden die Fraktionen (CDU 95, SPD 94, FDP 8 Abgeordnete) in den Ausschüssen wie folgt vertreten sein:

Ger-Ausschuß	CDU	—	4,340	=	4
	SPD	—	4,294	=	4
	FDP	—	0,365	=	1

Der Macht geht er nicht aus dem Weg, vielmehr sucht er sie, ob im Kölner Rathaus oder im Düsseldorfer Landtag. John van Nes Ziegler, Jurist von zuhaus, war deswegen ein Parlamentspräsident wider Willen, obgleich er auf diesem Stuhl nicht eine einzige schwache Stunde hatte. Aber ein Regierungsamt wäre ihm noch lieber gewesen, hätte auch noch mehr seiner Natur entsprochen.

Damals, im Juli 1966, war sein plötzlicher Aufstieg aus der Abgeordnetenbank zum Landtagspräsidenten für die Öffentlichkeit eine große Überraschung. Wer kannte ihn eigentlich? — die Stadt Köln und die Düsseldorfer Fraktion ausgenommen. Über Nacht wurde er für die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen lebender Beweis des großen Wahlerfolges, denn Heinz Kühn blieb zunächst Oppositionsführer, weil die CDU damals nicht zur Großen Koalition bereit war.

Auch Parlamentspräsident John van Nes Ziegler konnte seinen Groll darüber kaum verbergen, zumal er Tag und Nacht für ein Bündnis mit der Union focht. „Kölner Klüngel“ war ein oft gebrauchtes Wort in der SPD-Fraktion, gemeint war meist der zeitweise wohl nicht abreißende Dialog zwischen Dr. Wilhelm Lenz und John van Nes Ziegler. Doch man mag darüber denken, wie man will, dem Klima im Landtag sind diese Kontakte bekömmlich gewesen.

„Nes“, die Abkürzung seines Namens von der Waterkant, hat es leicht gehabt, die Würde des Hauses zu hüten, und seine Unabhängigkeit gegenüber der ihm parteipolitisch befreundeten Landesregierung demonstrierte der gewiefte Kölner mit Lust an der Scharmützelei. Selbst die Journalisten haben sich mitunter gewundert, mit welcher Kühle im Kalkül der Präsident unpopuläre Maßnahmen auf sich nahm und sie unbeirrt realisierte.



1. Vizepräsident John van Nes Ziegler

Mehr Geld für die Parteien, mehr Geld für Fraktionsvorsitzende, Aufbau eines Büro- und Parkhauses, van Nes Ziegler schreckte vor nichts zurück.

Harte Kritiken steckt er ein, ja, er fängt sie ab — wie ein Torwart auf scharfe Schüsse reagiert. Den Schiedsrichter braucht er nicht, das macht er gegebenenfalls alles selbst. Im Ringen um den Fraktionsvorsitz bei der SPD wollten in diesem Sommer Parlamentäre von allen Seiten vermitteln, van Nes Ziegler traf jedoch seine Entscheidung, auf eine Kampfabstimmung zu verzichten, ganz allein, und zwar in dem Augenblick, da ihm sein Rechenstift die Notwendigkeit vorschrieb.

Heute ist der 49jährige Jurist Landtagsvizepräsident und stellvertretender Vorsitzender seiner Fraktion. Der ehemalige Präsident der Sozialistischen Studenten-Internationale (1950) hat vermutlich erst die Hälfte seines politischen Weges zurückgelegt, aber er wird sich nicht grämen, wenn ihm das geheime Wunschziel — vielleicht Ministerpräsident? — unerreichbar bleiben sollte. Van Nes Ziegler verfügt nicht nur über eine glänzend florierende Anwaltspraxis, sondern auch über jenen Kölner Humor, der zwischen Witz und Weisheit den Ausweg nach jedem Aschermittwoch findet.

Horst-Werner Hartelt

15er-Ausschuß	CDU	—	7,233	=	7
	SPD	—	7,157	=	7
	FDP	—	0,609	=	1
21er-Ausschuß	CDU	—	10,126	=	10
	SPD	—	10,020	=	10
	FDP	—	0,852	=	1

Die durch diese Schwierigkeiten notwendig gewordene Verschiebung der Konstituierung der Landtagsausschüsse hatte Landtagspräsident Dr. Lenz veranlaßt, in einem Brief die Fraktionsvorsitzenden um eine unverzügliche Einigung über die Ausschußstärke und Ausschußsitze mit Rücksicht auf die bevorstehenden Etatberatungen und die Funktionsfähigkeit des Parlaments zu bitten.

Ausschußberichte

Ältestenrat

Die Plenarsitzung am 20. 10. wird nach den Dispositionen des Ältestenrats mit einer Fragestunde eröffnet, zu der drei mündliche Anfragen vorliegen. Im Mittelpunkt der Beratungen steht die Einbringung des Haushaltsplans für die Rechnungsjahre 1971 und 1972 durch den Finanzminister und in Verbindung damit eine Vorlage der Landesregierung über die mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 1970 bis 1974 sowie die Einbringung des kommunalen Finanz- und Lastenausgleichs durch den Innenminister. Zur ersten Lesung kommt darüber hinaus ein Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Sportwettengesetzes.

Grundstückskauf mit Petitionsausschuß

Um das Kontrollrecht des Parlaments wirksam auszuüben, bemüht sich der Petitionsausschuß als dessen Beauftragter niemals nur Anwalt von Petenten und ein Streiter gegen die Behörden zu sein. Seine Aufgabe besteht vielmehr darin, ein Streiter für Recht und Ordnung zu sein. Daß er dabei oft genug die Rolle des Vermittlers übernimmt, zeigt die Praxis. Hier ein Beispiel: Grundstücke für Flurbereinigungsmaßnahmen sind rar. Diese Tatsache wollte ein Landwirt für sich nutzen. Ein Beamter des zuständigen Amtes für Flurbereinigung und Siedlung hatte ihm erzählt, daß gerade sein Grundstück entweder als Straßenland oder als Ersatzland für andere Landwirte benötigt würde, und zwar als Ausgleich für künftig von diesen abzugebende Straßenflächen. Clever, wie der Landwirt war, bot er dieser Behörde sein

Grundstück zum Kauf an, zumal ihm jener Beamte einen Quadratmeterpreis von 5,30 DM mündlich zugesichert hatte.

Die Sache hatte nur einen Haken. Der Landwirt sollte noch vor dem Landerwerb durch die Behörde seine Erlaubnis zum Bau einer Straßenbrücke geben. Das geschah. Die Brücke wurde gebaut, aber das Grundstück wurde ihm nicht abgekauft. Nach mehreren vergeblichen Versuchen wandte sich der Landwirt nun mit einer Bittschrift an den Petitionsausschuß des Landtags.

Die Nachforschungen dieses parlamentarischen Gremiums ergaben:

Das zuständige Ministerium bestritt in seiner Stellungnahme, dem Petenten die Zusage für den Kauf seines gesamten Grundstücks gegen Zahlung von 5,30 DM pro qm gegeben zu haben, auch trotz der vorzeitig erteilten Bauerlaubnis. Das Grundstück sei nämlich bei weitem nicht den verlangten Preis wert. Im übrigen sei nur ein Teil der gesamten Fläche für die Straßenbrücke benötigt worden. Der andere Teil komme als Ersatzland für andere Landwirte nicht infrage, denn deren Bedarf sei bereits im Flurbereinigungsverfahren durch andere Grundstücke gedeckt worden. Das Ministerium schlug deshalb vor, die Petition für unbegründet zu erklären.

Der Petitionsausschuß war mit dieser Stellungnahme nicht zufrieden. Aus diesem Grunde beauftragte er einen Landtagsabgeordneten und einen Beamten der Landtagsverwaltung (nach Artikel 41 a Landesverfassung) mit den notwendigen Ermittlungen. Zum Anhörungstermin waren alle Beteiligten erschienen, u. a. auch jener Beamte, der dem Petenten seinerzeit angeblich den Kauf des ganzen Grundstücks zugesagt hatte.

Dabei stellte sich heraus, daß das Ministerium von falschen Voraussetzungen ausgegangen war. Im Gegensatz zur obersten Landesbehörde zeigten sich die Vertreter des Straßenbauamtes und der Flurbereinigungsbehörde daran interessiert, noch mehr Land zu erwerben. Nun mußte nur noch der Grundstückspreis ausgehandelt werden. Die Behörde bot 2,30 DM für den Quadratmeter, der Petent verlangte 4,30 DM. Durch die Vermittlung des Landtagsabgeordneten und des Landtagsbeamten einigten sich die beiden Parteien schließlich auf einen Preis von 4,— DM pro qm für das gesamte Grundstück. Damit war die Petition erledigt.

Mitteilungen aus den Fraktionen

Keine Kampf Abstimmung wegen Sitzverteilung

In ihrer letzten Sitzung nahm die **CDU-Fraktion** zur Kenntnis, daß die beiden anderen Fraktionen des Hauses hinsichtlich der Sitzordnung im Plenum nicht bereit waren, der CDU als stärkster Fraktion acht vordere Sitze einzuräumen. Bekanntlich verfügt der Plenarsaal des Landtags über acht Sitzblöcke mit 16 Sitzen in der ersten Reihe. Die Koalitionsfraktionen beanspruchen von diesen 16 Sitzen der ersten Reihe zehn und gestehen auf Grund ihrer Mehrheit der CDU lediglich sechs Sitze zu. In der optischen Konfrontation von Regierung und Opposition ist die Opposition somit benachteiligt worden. Offensichtlich waren sich die Koalitionsfraktionen darüber im klaren, daß insbesondere die ersten Bänke sehr häufig bei großen Debatten im Fernsehen gezeigt werden und wollten damit, ergänzend zu den Regierungsbänken, auch dort zumindest eine optisch stärkere Mehrheit, als sie in der Wirklichkeit vorhanden ist, demonstrieren. Die Mitglieder der CDU-Fraktion waren jedoch einmütig der Auffassung, über diese Angelegenheit keine Kampf Abstimmung anzustreben.

Arbeitskreise gebildet

Darüber hinaus bildete die Fraktion für die verschiedenen Initiativen, die sie in der nächsten Zeit ergreifen will, sieben Arbeitskreise. Sie haben sich inzwischen konstituiert und ihre Arbeit aufgenommen. Ein Arbeitskreis wird demnächst einen ersten Gesetzentwurf vorlegen.

Fraktionsvorstand konstituiert

Inzwischen tagte auch der aus 21 Mitgliedern bestehende Fraktionsvorstand der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag. Er beschäftigte sich insbesondere mit

der Geschäftsverteilung im Fraktionsbüro. Neben den politischen Referaten und dem Referat für Öffentlichkeitsarbeit wurden folgende Sachreferate gebildet: „Innenpolitik und Recht“, die von dem stellv. Fraktionsvorsitzenden Dr. Waffenschmidt koordiniert werden sollen, „Wirtschaft“ das der stellv. Fraktionsvorsitzende Ullrich koordinieren soll, „Gesellschaft“, das der stellv. Fraktionsvorsitzende Schulze-Stapen koordinieren soll und die Referate „Hochschule“ und „Kultur“, die der stellv. Fraktionsvorsitzende Pürsten koordinieren wird. Außerdem wurde ein Referat „Information und Dokumentation“ eingerichtet. Der Fraktionsvorstand der CDU-Landtagsfraktion legte die einzelnen Sachgebiete fest, die von den Referaten bearbeitet werden sollen.

Der Fraktionsvorstand debattierte auch die allgemeine politische Linie, die Richtschnur in der Haushaltsdebatte sein soll. Durch die Presse waren den Parlamentariern bereits die Grundzüge des Haushalts bekannt geworden, der am 20. d. M. durch die Landesregierung im Landtag eingebracht wird. Der Fraktionsvorstand diskutierte darüber hinaus die durch die Austritte bei der FDP-Fraktion entstandene Situation, die die Konstituierung der Ausschüsse gegenwärtig behindert, da gemäß der Geschäftsordnung eine neue Vereinbarung getroffen werden muß. Man war sich darüber im klaren, daß alles getan werden müsse, um so schnell wie möglich die Ausschußkonstituierung zu erreichen. Der Vorsitzende der Fraktion und seine Stellvertreter wurden beauftragt, möglichst schnell einen Akkord mit den beiden anderen Fraktionen des Hauses herbeizuführen, damit die Konstituierung der Ausschüsse nicht weiter verzögert wird.

Der Fraktionsvorstand erklärte sich weiter mit dem Vorschlag der Verwaltung über eine Neuverteilung der Räume im Haus des Landtags einverstanden, die nach der Fertigstellung des neuen Büro- und Garagenhauses vorgenommen werden soll. Die CDU-Fraktion wird dabei voraussichtlich ins Parterre ziehen, aber ihren Fraktionssaal mit einem Büro in der Etage auf der Ebene des Parlamentssaals behalten.

Parlamentsneuling führt Arbeitskreisvorsitz

Die elf Arbeitskreise der **SPD-Fraktion** sind inzwischen konstituiert. Auch hier zeigte sich erneut die Vorrangstellung der Verwaltungsreform in der Rangliste der Interessen der Abgeordneten: während sich im Durchschnitt für die anderen Arbeitskreise zwischen 16 und 29 Teilnehmer meldeten, versammelten sich im Arbeitskreis „Verwaltungsreform und Kommunalpolitik“ 42 Abgeordnete, davon rund ein Drittel aus dem Ruhrgebiet und seinem engeren Verflechtungsbereich. Der „exklusivste“ unter den Arbeitskreisen dagegen ist mit nur zehn Teilnehmern der Kreis „Rechts- und Verfassungsfragen“, in dem sich auch gleich ein Parlamentsneuling den Vorsitz sichern konnte. Daß dieser Arbeitskreis kein Debatteklub für Rechtsgelehrte wird, dafür sorgen ein Handwerker, ein Fürsorger, ein Lehrer und ein Versicherungskaufmann. Die Polizei ist mit einer Stimme ebenfalls vertreten.

Bei der Wahl der Vorsitzenden zeigte sich ein gewisses Beharrungsvermögen: nur die beiden Arbeitskreise, denen in der vergangenen Legislaturperiode Abgeordnete vorstanden, die jetzt nicht mehr dem Parlament angehören, wählten neue Vorsitzende (Arbeitskreis 2, früher Walter Jahnke, und Arbeitskreis 8, früher Aloys Schwarze). Vier Arbeitskreise wählten neue Abgeordnete als stellvertretende Vorsitzende.

SPD-Arbeitskreise und ihre Vorsitzenden

AK 1 — Ermert
„Öffentliche Verwaltung“

AK 2 — Toetemeyer
„Kultur, Schule, Wissenschaft“

AK 3 — Dr. Nehrling
„Wirtschaft“

AK 4 — Bessel
„Verkehr“

AK 5 — Neuber
„Haushalt und Finanzen“

AK 6 — Trabalski
„Wohnungs-, Städtebau und Landesplanung“

AK 7 — Schröder
„Arbeit, Soziales, Gesundheit und Vertriebene“

AK 8 — Dr. Kalsbach
„Rechts- und Verfassungsfragen“

AK 9 — Girgensohn
„Verwaltungsreform — Kommunalpolitik“

AK 10 — Pohle
„Jugend und Familie“

AK 11 — Drescher
„Land-, Forst-, Wasserwirtschaft, Naturschutz“

Ausschluß von drei Abgeordneten

Die **FDP-Fraktion** hat beschlossen, die drei zur NLA gehörenden Abgeordneten Dr. Heinz Lange, Wilhelm Maas und Franz Mader endgültig aus der Fraktion auszuschließen. Dieser Beschluß wurde dem Landtagspräsidenten schriftlich mitgeteilt.

Bereits am 5. Oktober hatte die Fraktion diese drei Abgeordneten vorläufig bis zum Abschluß des Parteiausschlußverfahrens ausgeschlossen. Nachdem aber diese drei Abgeordneten am 9. Oktober ihren Austritt aus der FDP erklärten, war das Parteiausschluß-Verfahren gegenstandslos geworden. Somit war die Fraktion nicht mehr an ihren ursprünglichen Beschluß gebunden, das Ausschluß-Verfahren abzuwarten.

FDP-Fraktionsvorsitzendenkonferenz

Am 15. und 16. Oktober 1970 werden sich die FDP-Fraktionsvorsitzenden in Wiesbaden zu ihrer 41. Fraktionsvorsitzendenkonferenz treffen. Sinn und Zweck dieses Treffens ist die Koordination und Abstimmung landes- und bundespolitischer Initiativen. Neben dem landes- und bundespolitischen Bericht wird sich die Konferenz u. a. mit Fragen der Rentengesetzregelung, der Neugliederung der Länder, der Änderung des Rechtswegs nach dem Ausländergesetz sowie mit besoldungsrechtlichen Fragen befassen.

PARLAMENTSSPIEGEL

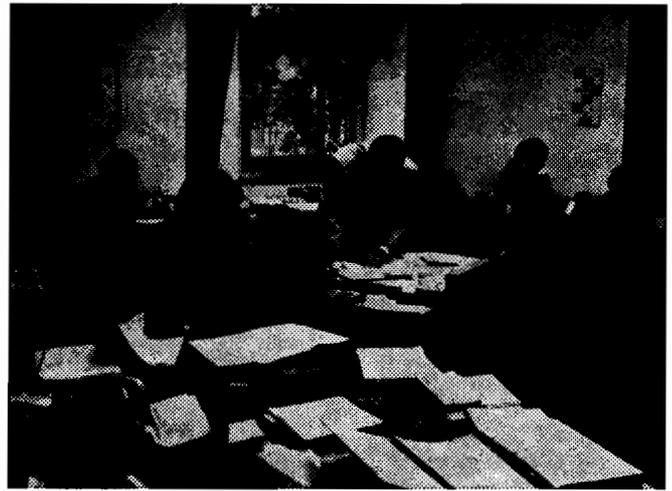
noch Handcomputer für Abgeordnete

In den letzten drei Jahren hat sich der Papierausstoß aller Parlamente verdoppelt. Jeder Parlamentarier aber ist auf eine zeitnahe und zuverlässige Information angewiesen. Selbst bei größtem Arbeitseinsatz hat er nicht die Zeit, alle parlamentarischen Arbeitsunterlagen selbst zu sammeln, zu lesen und auszuwerten.

Nun besitzen zwar die Parlamente in ihren Archiven und Bibliotheken komplette Sammlungen der Veröffentlichungen von Bundes- und Landesparlamenten, aber ihnen fehlt ein Index. „Ein solches Inhaltsverzeichnis hat jedoch nur dann einen Sinn“, betont Oberregierungsrat Eyckers – in Personalunion Leiter des Landtagsarchivs NW und des PARLAMENTSSPIEGELS – „wenn es sehr aktuell ist, weil die gestellten Fragen im wesentlichen aus dem politischen Alltag kommen und kurzfristig beantwortet werden müssen.“

Seit 1964 führt der nordrhein-westfälische Landtag die Zentraldokumentation der deutschen Landesparlamente als PARLAMENTSSPIEGEL. Erschlossen werden in diesem „Handcomputer“ für Abgeordnete die Drucksachen und Plenarprotokolle von insgesamt 17 Parlamenten, und zwar außer dem Bundestag und dem Bundesrat sowie den 11 Landtagen noch die supranationalen europäischen Parlamente, nämlich das Europäische Parlament, die Versammlungen des Europarates und der Westeuropäischen Union. Dazu kommen 15 Gesetzesblätter, die die Regierungen herausgeben.

Das Kernstück dieser Dokumentation ist eine fortlaufend geführte Schlagwortkartei mit rd. 20 000 Begriffen. Mit diesem Vokabularium werden – und das ist wichtig für die Abgeordneten – alle in den 17 Parlamenten eingegangenen Gesetzentwürfe und Anträge sowie parlamentarische Anfragen aller Art am schnellsten gefunden. Im PARLAMENTSSPIEGEL entstehen bei der inhaltlichen Erschließung jährlich 25 000 bis 30 000 Karteikarten, die 14tägig ergänzt und erweitert werden. Etwa eine halbe Million dieser Karteikarten werden jährlich für andere Parlamente vervielfältigt. Wegen ihres Umfangs wird die Kartei jeweils nur ein Jahr geführt und vor den Parlamentsferien (etwa Mitte Juli) abgeschlossen, um sie als PARLAMENTSSPIEGEL-Jahresregister zu veröffentlichen, dessen 13. Jahrgang jetzt vorbereitet wird. Auf diese Weise wird die Arbeit der Parlamente nicht nur der Nachwelt erhalten, sondern ist auch Grundlage für Wissenschaft und Forschung.



Nur 30 qm stehen den Düsseldorfer Experten aus Platzmangel zur Informationsaufbereitung zur Verfügung, um 17 Parlamente zu bedienen. Das schafft der Leiter des PARLAMENTSSPIEGELS mit seinen sechs Mitarbeitern.

Diese noch manuell geführte Kartei kann die Interessenten nur auf Anfrage bedienen, ist also eine passive Kartei, die aber in Zukunft nicht mehr dem gestiegenen Informationsbedürfnis der Abgeordneten entsprechen wird. Deshalb beschlossen die Landtagspräsidenten im Oktober 1969, diese passive Dokumentation mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung in eine aktive Datei umzuwandeln, durch die eine direkte Informationsbelieferung aller Interessenten überhaupt erst möglich wird. Darüber hinaus können bestimmte Informationen in direktem Zugriff abgerufen werden. Die Federführung für dieses Projekt hat für die Landesparlamente Nordrhein-Westfalen, das in Zusammenarbeit mit dem Bundestag ein wissenschaftliches Informationssystem für Parlamente – WISP genannt – konzipiert.

Die größte Schwierigkeit liegt in einer einheitlichen Ordnungssystematik, die zunächst für alle Parlamente erarbeitet werden muß, damit in etwa vier bis fünf Jahren eine dezentrale Informationsverarbeitung nach gleicher Terminologie und formaler Erfassung vorgenommen werden kann. Dann wird aus dem „Handcomputer“ der echte Computer für Abgeordnete.

W. E.

Kleine Anfragen überlegen

In der Woche vom 8. bis 15. Oktober 1970 sind im Landtag 18 Drucksachen und 6 Zuschriften eingegangen.

Die Landesregierung legt die mittelfristige Finanzplanung 1970 bis 1974 vor und ist weiterhin mit fünf Antworten vertreten. Neun Kleine Anfragen wurden von CDU-Abgeordneten gestellt, eine Kleine Anfrage von einem Abgeordneten der SPD. Dazu kommen drei in einer Drucksache zusammengefaßte Mündliche Anfragen, die CDU-Abgeordnete für die nächste Fragestunde vorgelegt haben.

Wer weiß etwas vom Sonderunterricht?

Allein vier Kleine Anfragen bemühen sich darum, Schulfragen zu klären, die leicht, aber unverdient, auf ein Nebengeleis zu geraten drohen. So fragt die CDU-Abgeordnete Frau Altewischer (Anfrage Nr. 62), wie es eigentlich um die bildungsfähigen, aber behinderten Kinder stehe, für die nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf Sonderunterricht eingerichtet werden müsse. Das Einkommen der Erziehungsberechtigten dürfe hierzu nicht überprüft werden. Die Abgeordnete fragt die Landesregierung, ob sie solche Ansprüche für angemessen halte und wie sie ihnen nachkomme. Die Landesregierung soll mitteilen, ob auch für vorschulpflichtige Behinderte Sonder- oder Hausunterricht erteilt werde und um wie viele solcher Schüler es sich überhaupt handele. Diese Anfrage wird vor allen Eltern interessieren, denen diese Möglichkeiten noch nicht bekannt sind.

In diesem Zusammenhang erkundigt sich Frau Altewischer in der Kleinen Anfrage Nr. 61 nach der Rechtslage von Krankenhausschulen oder der Errichtung von Sonderunterricht für Schüler, die langfristig im Krankenhaus behandelt werden müssen. Sie fragt nach der Zahl dieser schulpflichtigen und nach den möglichen Formen eines solchen Unterrichts.

Kursunterricht schädigt eine Realschule

Der Abgeordnete Klaer (SPD) teilt in der Kleinen Anfrage Nr. 58 mit, daß der Kursunterricht in der Klasse 9 der Realschule Wesseling neuerdings nur noch unter Schädigung anderer Stunden und Klassen weitergeführt werden könne. Der Grund liege darin, daß durch eine Verfügung den Lehrern trotz ihres guten Willens die erforderlichen Überstunden verboten worden seien. Der Abgeordnete fragt nach Maßnahmen der Landesregierung, die sicherstellen, daß der ordnungsmäßige Schulablauf auch dann gewährleistet wird, wenn Kursunterricht erteilt werden muß.

Ein **privates Schulgesetz** zur Ordnung der Rechtsverhältnisse der privaten Ergänzungsschulen erwarten die CDU-Abgeordneten Grundmann, Frau Hölters und Giesen nach ihrer Kleinen Anfrage Nr. 60. Durch die Arbeit dieser Schulen und ihr eigenes Bildungsangebot seien dem Land erhebliche Aufwendungen erspart worden. Die Landesregierung wird gefragt, ob sie es nicht für angemessen halte, auch diesen Schülern ihre Fahrkosten zu erstatten und Lernmittelfreiheit zu gewähren.

Warum weniger Wohnungen für Kinderreiche?

Die CDU-Abgeordneten Dr. van Aerssen, Schürmann und Klein teilen in der Kleinen Anfrage Nr. 59 mit, daß sich die Zahl der für kinderreiche Familien geförderten Wohnungen von 8400 im Jahre 1968 auf 6489 im Jahre 1969 vermindert habe. Sie wollen von der Landesregierung die Gründe für diesen Rückgang wissen. Ferner fragen sie nach der Zahl der bei den Bewilligungsbehörden vorliegenden Anträge für solche Wohnungen und nach den Jahresprogrammen, die die Landesregierung für die Zeit von 1971 bis 1975 für Wohnungen Kinderreicher vorsehe.

Wieder ein schmutziger Kanal

Der alte Nordkanal Napoleons, der durch Neuss in Richtung Mönchengladbach verläuft, ist zum Sammelbecken von Schmutzwässern geworden. Die Ableitung seines nicht mehr gesunden Wassers durch ein weites Gebiet der Stadt Neuss und anderer schnell wachsender Ortschaften führt jetzt auch zu Gesundheitsgefährdungen. CDU-Abgeordneter Dr. Hüsich fragt in seiner Kleinen Anfrage Nr. 57 die Landesregierung u. a., ob Landesbehörden die Einleitungen der Schmutzwässer genehmigt oder gefördert hätten und was zum Schutz der Bevölkerung geschehe, insbesondere um die Geruchsbelästigungen und Gesundheitsgefährdungen abzuwenden.

Kritik an Kommunalsschulden

In der Kleinen Anfrage Nr. 54 bemängelt der CDU-Abgeordnete Dr. van Aerssen die Schuldenaufkommen kommunaler Körperschaften. Sie überstiegen die Neuverschuldungen 1969 um ein Drittel, obwohl das Steueraufkommen für die Kommunen um 30 Prozent über 1969 liege und obwohl die Zuweisungen von Bund und Land 11 Prozent mehr als im Vorjahr betragen werden. Der Abgeordnete fragt die Landesregierung, welche konkreten Maßnahmen sie treffen werde, um die kommunalen Körperschaften zu konjunkturgerechten Maßnahmen zu veranlassen. Er fragt ferner, ob die Aufsichtsbehörden von ihrem Vetorecht bei der Darlehnsaufnahme einen strengen Gebrauch machen. Schließlich erkundigt sich der Abgeordnete danach, ob die Landesregierung das Instrumentarium verbessern wolle, um die kommunalen Körperschaften zu einer größeren Rücklagenzuführung während der Hochkonjunktur zu bestimmen.

Bildungsplanungskommission zieht Bilanz

Die neue Bildungsplanungskommission ist seit dem 29. Juli an der Arbeit. Sie ist die erste Einrichtung, in der die Bundesregierung und die Landesregierungen gemeinsam planen. Eine Neuheit in der Bundesrepublik also, die sich viele Bürger auch auf anderen Gebieten seit langem wünschen. Der Leiter der Geschäftsstelle dieser Kommission, Karl-Gotthart Hasemann, ist klug genug, schon jetzt vor allzu hoch gespannten Erwartungen zu warnen. Er wisse, daß **In allen Regierungen des Bundesgebiets Bildung geplant wird, daß Ziele vorhanden sind und Einzelpläne entwickelt werden.**

Darum sagt Hasemann, daß die Kommission sich **zunächst nur eine „Skizze“** als Ziel setze mit den Umrissen, in denen sich einmal das Bildungswesen der Bundesrepublik bewegen soll. Erst die zweite Aufgabe sei, vollzugsreife Einzelpläne, sei das konkrete und ins einzelne gehende Bildungssystem der nächsten Zukunft. Hasemann hat sich über Einzelheiten dieser Art daher noch nicht geäußert. Seine Kommission möchte zunächst einmal feststellen, wie weit die Gemeinsamkeiten in den Ländern und den zuständigen Ressorts des Bundes reichen. Die Kommission habe schon festgelegt, daß ein **großer „Sockelbestand“ an gemeinsamen Vorstellungen vorhanden sei**, so daß man also vor allem prüfen müsse, wo die Verschiedenheiten der Meinungen liegen. Mit anderen Worten, die Bildungsplanungskommission will nicht zu etlichen bestehenden Plänen eine neue Konzeption hinzufügen, sondern hat den Wunsch, in sachlicher Teamarbeit die verschiedenen im Bundesgebiet bestehenden Vorstellungen über das künftige deutsche Bildungswesen miteinander in Einklang zu bringen.

In den **fünf Arbeitsgruppen**, in denen Fragen der Schule, Wissenschaft, Weiterbildung, des Personals und der Bauten behandelt werden, werden also die schon vorhandenen Pläne der Länder, einschließlich ihrer Finanzplanungen, zur Grundlage gemacht. Die Kritik beginnt erst dort, wo es sich um die Realisierung dieser Landesplanungen handelt. Der künftigen Bildungsplanung wird also die **vorhandene mehrjährige Finanzplanung zugrunde gelegt** werden. Außerdem komme es nicht darauf an, sagte Hasemann, was man aus den vorhandenen Finanzmitteln bezahlen könne, sondern wieviel Geld nötig sei, um das finanzieren zu können, was die Exekutive in der Bundesrepublik wolle. Darüber werde am

Schluß der ersten Monate, wenn der Bildungsgesamtplan vorgelegt werde, abzustimmen sein.

Natürlich ergibt sich von selbst die Frage, ob durch diese konzentrierte gesamtdeutsche Bildungsplanung nicht die Parlamente überspielt werden könnten. Hasemann glaubt das nicht. Schließlich ist die Bildungsplanung auch eine Finanzfrage. Daraus ergibt sich von selbst die **Möglichkeit für die Parlamente**, über den Haushalt **nein oder ja** zu sagen.

Freilich verhehlt Hasemann nicht, daß bei der neu entstandenen Situation das Schwergewicht auf der Regierungsseite liegt. Er empfiehlt daher Bundestag und Landtagen, sich rechtzeitig mit den Planungen der Kommission vertraut zu machen, vor allem dann, wenn vollzugsreife Einzelpläne des Bildungsgesamtplanes herausgearbeitet werden. Die Parlamente müssen genügend Zeit haben, darüber zu diskutieren und Klarheit zu schaffen. Wörtlich sagte Hasemann der dpa: „Die Parlamente haben alle das Gefühl, daß sie überfahren werden und dieses Gefühl muß ihnen in erster Linie genommen werden.“ Dies gelte auch für die Bestimmung, daß die Landesministerpräsidenten und der Bundeskanzler die Beschlüsse über die Empfehlungen der Kommission zu fällen haben.

Am 20. Oktober wird die Bildungsplanungskommission zum **ersten Mal eine kurze Bilanz** des bisher Geleisteten ziehen und vermutlich auch schon erste Ergebnisse des Gesamtplanes skizzieren. Hierbei stellte Hasemann noch einmal eindeutig fest, daß die Pläne des Bildungsrates und des Wissenschaftsrates als Beratungsgremien gleichzeitig weiterdiskutiert werden müssen. Gerade diese Empfehlungen seien ebenso die Grundlage für die Arbeit der Bildungskommission wie die Vorschläge der Konferenzen der Kultusminister und Finanzminister der Länder sowie die Fachpläne der infrage kommenden Bundesminister.

Andererseits müsse verhindert werden, daß sich „drei Bürokratien“, nämlich Wissenschaftsrat, Bildungsrat und Bildungsplanungskommission entwickelten, die sich gegenseitig abkapseln. Vielmehr komme es darauf an, **Bildungsrat, Wissenschaftsrat und Bildungsplanungskommission** einander zuzuführen, denn alle seien sie **gleich wichtig** und man solle auch nicht etwa daran denken, etwas abzuschaffen, was man nachher wieder neu schaffen müsse. Es sei ein Vorteil, daß die beiden Beratungsgremien aus unabhängigen, sachverständigen Persönlichkeiten beständen.

Landespolitik in Funk und Fernsehen

Parlaments- und landespolitische Themen werden bevorzugt in folgenden Hörfunk- und Fernsehsendungen berücksichtigt:

HÖRFUNK

2. Programm, UKW – täglich:

6.00 bis 8.00 Uhr Morgenmagazin
13.00 bis 15.30 Uhr Mittagsmagazin
17.20 bis 17.30 Uhr Nachrichten aus NRW
17.30 bis 18.25 Uhr Zwischen Rhein und Weser
18.25 bis 18.30 Uhr Kommentar zur Landespolitik
3mal im Monat:

freitags: 16.15 bis 16.30 Uhr
Aus Land und Gemeinden

samstags: 12.00 bis 12.30 Uhr
Die halbe Stunde der Landesredaktion

FERNSEHEN

1. Programm – täglich:

18.40 bis 19.20 Uhr Hier und Heute

3. Programm – täglich:

19.30 bis 20.00 Uhr Hierzulande – Heutzutage

19.20 bis 20.00 Uhr freitags: Landesforum

16. 10. 1970: 1. Die Parteien greifen wieder in die Staatskasse

2. Junglandtagsabgeordnete:
Erste Erfahrungen

2. Programm – samstage:

17.15 bis 17.45 Uhr Länderspiegel

Zur Person

Zwei Abgeordnete haben in der kommenden Woche Geburtstag. Am 20. Oktober vollendet **Heinz Dunkel** (SPD) sein 39. Lebensjahr. Am 21. Oktober wird **Josef Schürges** (CDU) 48 Jahre alt.

Seinen 65. Geburtstag beging am 13. Oktober **Dr. Franz B. Zons**, seit Oktober 1959 Sendeleiter des Westdeutschen Rundfunks. 70 Jahre wurde am 12. Oktober der Münsteraner Religionswissenschaftler **Prof. Dr. Dr. Anton Antweiler**, der u. a. durch seine Schriften gegen den Pflanzölolat bekannt geworden ist.

Der ehemalige Bundespräsident **Heinrich Lübke**, der seine politische Laufbahn nach 1945 als Abgeordneter des nordrhein-westfälischen Landtags begann und vom 6. Januar 1947 bis 31. Dezember 1952 Landwirtschaftsminister unseres Landes war, wurde am 14. Oktober 76 Jahre alt.

✱

20jähriges Dienstjubiläum hatte am 15. Oktober **Dr. H. Hendrik G. van Dam**, Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland.

✱

Mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse wurden sieben Journalisten für ihre Verdienste um eine freie und verantwortliche Presse ausgezeichnet. Diesen Orden erhielten aus der Hand von Ministerpräsident Kühn: **Helmut Crous** (1. Vorsitzender des Deutschen Journalistenverbandes), **Hermann Sticht** (Vorsitzender des Rheinisch-Westfälischen Journalistenverbandes), **Max Karl Felden** (Ruhr-Nachrichten und Westfälische Nachrichten), **Karl Fischer** (WDR-Landesstudio Düsseldorf, Vorsitzender der Landespressekonferenz Nordrhein-Westfalen), **Heinz**



Meyer-Wreck (Neue Westfälische und Westfälische Rundschau), **Johannes Schader** (Leiter der Deutschen Presseagentur in Nordrhein-Westfalen) und **Hans Schwab-Fellech** (Studioleniter Kultur beim WDR in Düsseldorf). Landtagspräsident Dr. Lenz übermittelte telegrafisch seine Glückwünsche.

✱

Das Große Bundesverdienstkreuz erhielt der langjährige Vorsitzende des Vorstandes der Bergbau-Berufsgenossenschaft, Bergwerksdirektor **Kurt Nothoff**, in Anerkennung seiner Verdienste um die gesetzliche Unfallversicherung aus der Hand von Bundesarbeitsminister Walter Arendt.

✱

Glück im Unglück hatte Landtagspräsident **Dr. Wilhelm Lenz**, als er am vergangenen Wochenende mit seinem Privatwagen auf der Autobahn bei Dulsburg in einen Unfall verwickelt wurde. Auf einer dreispurigen Baustelle war ein Auto von der Gegenfahrbahn direkt in seinen Wagen geschleudert. Der Landtagspräsident, der selbst am Steuer saß, blieb unverletzt.

✱

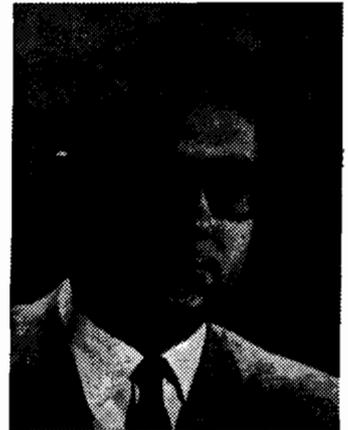
Ursula Hesse, Stenographenanwärtin beim Landtag NW., errang auf dem am 10./11. Oktober 1970 in Mülheim/Ruhr abgehaltenen Verbandstag des Westdeutschen Stenografenverbandes mit einer Leistung von 375 Silben in der Minute und der Note „sehr gut“ den Titel „Verbandsmeisterin 1970.“

Gästebuch

Ilhan Bakay, türkischer Generalkonsul, stattete am 14. Oktober Präsident Dr. Wilhelm Lenz einen Antrittsbesuch ab.

Fast 500 Besucher besichtigten vom 12. bis 16. Oktober das Landtagsgebäude, darunter wieder viele Schüler. Mit Kommunalbeamten aus Köln diskutierte Abgeordneter Dr. Ottmar Pohl (CDU), Abgeordneter Hans Schwier (SPD) stand Hauptschülern aus Halle/Westfalen Rede und Antwort und Abgeordneter Gustav Niermann (CDU) unterhielt sich mit einer Frauengruppe aus seinem Wahlkreis Lübbecke.

Wer schreibt für wen?



Lothar Beyerung ist bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung als Korrespondent für Nordrhein-Westfalen tätig. Er wurde am 12. Juli 1934 in Lüdenscheid in Westfalen geboren. Abitur 1954. Nach dem Studium der Germanistik, Anglistik, Geschichte und Philosophie in Münster, Frankfurt und Köln ging er 1960 in die Redaktion der Deutschen Zeitung. Der Beruf des Studienrates erschien ihm damals wenig verlockend. Nach freier Mitarbeit bei der Neuen Zürcher Zeitung und anderen Blättern sowie beim Rundfunk trat er 1964 in die Rhein-Ruhr-Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ein. Er ist verheiratet und hat einen Sohn. Zu seinen Hobbies zählt er das Zeitungslesen, die Jazzmusik und den Umgang mit exotischen Zierfischen.

Terminvorschau

Landtagstermine in der Woche vom 19. 10. bis 24. 10. 1970:

Montag, 19. 10.

Ältestenrat

1. Vorbesprechung der Tagesordnung für die Plenarsitzung am 20. Oktober 1970
2. Festlegung der Stärken und der Besetzung der Ausschüsse

Dienstag, 20. 10.

Plenum

Beginn 10.30 Uhr

Im Anschluß an die Plenarsitzung: Konstituierung der Ausschüsse

Schwanenspiegelchen

WILLY WEYER, Innenminister Nordrhein-Westfalens und FDP-Landesvorsitzender, wurde von Journalisten befragt, warum er an der linken Schläfe ein Pflaster trage, wo doch die Schüsse jetzt von rechts kommen. Antwort: „Kann sein, daß ich falsch gestanden habe.“

*

Es gibt sogar Landesbürger, die nicht nur über die Internas des nordrhein-westfälischen Landtags informiert sein wollen, sondern noch weiter hinter die Kulissen sehen möchten. Sie bestellten „Landtag intüm“.

*

Ein Mescheder Bürger zur Kommunalen Neugliederung:

*Jüngst fuhr ich mit nach Listernoht,
zum großen Blggestausee,
die Fahrt war schön, wie durch Tirol,
mit Kuchen und mit Kaffee.*

In Faulebutter) sprach der Fahrer:
„Der Kreis Meschede hört hier auf.
Wir kommen jetzt ins Olper Lager“,
ich widersprach ihm kurz darauf.*

*Doch leider stimmte die Behauptung,
in Schönholthausen las man's klar.
Es war nur noch Erinnerung,
daß einst Amt Serkenrode bei uns war.*

*Was hundertfünfzig Jahre hielt,
drei Kriege überdauerte,
hat über Nacht Kreis Meschede verspielt.
Das war's, was ich bedauerte.*

*Nun sind wir der gerupfte Kreis,
den keiner mehr so recht beachtet.
Nur kurze Zeit noch liegen wir auf Eis,
dann wird auch dieser Rest verfrachtet.*

*Es regte mich zuerst wohl auf,
als ich die Neuigkeit vernahm.
„Ein ganz normaler Kreisfortlauf“,
so sprach der Bürgermeister. Da war ich zahm ...*

*) bestehend aus drei Häusern